

Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2013: Deutsche Konjunktur erholt sich – Wirtschaftspolitik stärker an der langen Frist ausrichten

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose

In dieser Kurzprognose wird das Frühjahrsgutachten 2013 vom 18. April 2013 vorgestellt. Die Konjunktur in Deutschland ist im Frühjahr 2013 wieder aufwärts gerichtet. Die Lage an den Finanzmärkten hat sich entspannt, nachdem die Unsicherheit über die Zukunft der Europäischen Währungsunion gesunken ist. Auch der weltwirtschaftliche Gegenwind hat nachgelassen. Die Institute erwarten, dass in Deutschland das Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr um 0,8% (68%-Prognoseintervall: 0,1% bis 1,5%) und im kommenden Jahr um 1,9% zunimmt. Die Zahl der Arbeitslosen dürfte weiter zurückgehen und im Jahresdurchschnitt bei 2,9 Millionen in diesem bzw. 2,7 Millionen Personen im nächsten Jahr liegen. Die Inflationsrate wird im laufenden Jahr auf 1,7% zurückgehen, bevor sie bei zunehmender Kapazitätsauslastung im kommenden Jahr auf 2,0% anzieht. Der Staatshaushalt wird im Jahr 2013 annähernd ausgeglichen sein und im Jahr 2014 dank der günstigeren Konjunktur einen Überschuss von 0,5% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt aufweisen. Die Wirtschaftspolitik sollte jetzt die lange Frist wieder stärker in den Blick nehmen.*

Ansprechpartner: Oliver Holtemöller (Oliver.Holtemoeller@iwh-halle.de)

JEL-Klassifikation: E17, E27, E37, E50, E53, E60, E66, H68

Schlagwörter: Konjunktur, Prognose, Weltwirtschaft, Deutschland, öffentliche Finanzen, mittelfristige Projektion

Im Frühjahr 2013 hat sich die Weltkonjunktur leicht belebt. Die Erwartungen von Unternehmen und Verbrauchern haben sich schon seit dem Herbst verbessert, und die Industrieproduktion wie auch der Welthandel zogen in den vergangenen Monaten wieder an. Von Seiten der Finanzmärkte haben sich die Rahmenbedingungen seit dem vergangenen Herbst recht deutlich verbessert. Hierzu hat nicht zuletzt beigetragen, dass das Risiko eines Auseinanderbrechens des Euroraums nach der Ankündigung der Europäischen Zentralbank, notfalls Staatsanleihen der Krisenländer zu kaufen, erheblich geringer eingeschätzt wird.

Und doch bleiben Belastungen. Der private Sektor ist in einer Reihe von fortgeschrittenen Volkswirtschaften nach wie vor bemüht, sein Verschuldungsniveau an die im Gefolge der globalen Finanzkrise gesunkenen langfristigen Einkommenserwartungen anzupassen, und die Rückführung der staatlichen Haushaltsdefizite wird vielerorts weiterhin restriktiv wirken. Die Geldpolitik ist in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften allerdings nach wie vor stark expansiv ausgerichtet.

Die Institute rechnen damit, dass die Weltwirtschaft in diesem und im nächsten Jahr wieder etwas

an Fahrt gewinnt. Auch im Euroraum wird sich die Konjunktur langsam wieder beleben. Allerdings sind die Abwärtsrisiken beträchtlich. Ein erneutes Aufflammen der Krise im Euroraum würde die Konjunktur erheblich belasten.

Die Konjunktur in Deutschland ist im Frühjahr 2013 wieder aufwärts gerichtet. Die Stimmung in der deutschen Wirtschaft hat sich seit dem Herbst des vergangenen Jahres deutlich verbessert. Auch der weltwirtschaftliche Gegenwind hat nachgelassen. Allerdings hat sich der Stimmungsumschwung bislang kaum in den Auftragseingängen oder in der Industrieproduktion niedergeschlagen. Insofern sprechen die harten Indikatoren nicht dafür, dass sich die Produktion bereits im ersten Quartal dieses Jahres kräftig erholt hat. Dabei spielen auch Witterungseinflüsse eine Rolle; diese haben die Aktivität im Februar und im März gebremst.

Die Institute rechnen damit, dass die Konjunktur im Verlauf dieses Jahres Fahrt aufnimmt. Die Zinsen sind niedrig, und die Konditionen für die Kreditvergabe sind günstig. Ferner ist die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen hoch. Im Jahresdurchschnitt wird das Bruttoinlandsprodukt um 0,8% zunehmen, wobei das 68%-Prognoseintervall von 0,1% bis 1,5% reicht. Die Lage am Arbeitsmarkt wird sich voraussichtlich weiter bessern. Der Preisauftrieb hat sich zuletzt beruhigt. Die Inflationsrate dürfte mit 1,7% etwas geringer ausfallen als im Jahr 2012. Der Staatshaushalt

* Vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: [Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2013: Deutsche Konjunktur erholt sich – Wirtschaftspolitik stärker an der langen Frist ausrichten](#). München 2013.

Eckdaten der Prognose für Deutschland

	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Reales Bruttoinlandsprodukt (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	-5,1	4,2	3,0	0,7	0,8	1,9
Erwerbstätige ^a (1 000 Personen)	40 370	40 603	41 164	41 613	41 863	42 086
Arbeitslose (1 000 Personen)	3 415	3 238	2 976	2 897	2 872	2 717
Arbeitslosenquote BA ^b (in %)	8,1	7,7	7,1	6,8	6,7	6,4
Verbraucherpreise ^c (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	0,3	1,1	2,1	2,0	1,7	2,0
Lohnstückkosten ^d (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	6,2	-1,5	1,2	2,8	1,9	1,8
Finanzierungssaldo des Staates ^e						
in Mrd. Euro	-73,0	-103,6	-19,7	4,2	1,3	15,2
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts	-3,1	-4,1	-0,8	0,2	0,0	0,5
Leistungsbilanzsaldo						
in Mrd. Euro	141,5	156,0	161,2	185,4	186,7	195,7
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts	6,0	6,2	6,2	7,0	6,9	7,0

^a Im Inland. – ^b Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit). – ^c Verbraucherpreisindex (2010 = 100). –

^d Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das reale Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. – ^e In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 95).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Deutsche Bundesbank; 2013 und 2014: Prognose der Institute.

wird in diesem Jahr wohl annähernd ausgeglichen sein. Im Jahr 2014 dürfte die Konjunktur weiter leicht an Schwung gewinnen; das Bruttoinlandsprodukt wird im Jahr 2014 voraussichtlich um 1,9% expandieren.

Die Rahmenbedingungen für die Konjunktur sind in Deutschland seit einiger Zeit so anregend, dass der Anstieg des Bruttoinlandsproduktes sogar etwas höher ausfallen könnte als hier beschrieben. In diese Richtung deutet auch die Verbesserung der Stimmungsindikatoren seit dem vergangenen Herbst hin. Zur Vorsicht mahnt aber, dass sich die Stimmung unter den Unternehmen im März wieder leicht verschlechtert hat, und zwar nicht nur in Deutschland, sondern auch bei wichtigen Handelspartnern. Auch die Daten zu den Auftragseingängen und der Produktion in der Industrie deuten noch nicht auf einen Durchbruch hin. Es überwiegen vielmehr die Abwärtsrisiken. Zwar haben strukturelle Anpassungsprozesse in den Krisenländern inzwischen begonnen; einige Regierungen sehen sich aber erheblichen Schwierigkeiten bei der Umsetzung der Reformen gegenüber. Die Irritationen im Zusammenhang mit der Wahl in Italien und der Bankenkrise in Zypern zeigen, dass weiterhin das Risiko einer Zuspitzung der Krise besteht, wenn auch nicht mehr im gleichen Ausmaß wie im vergangenen Jahr.

Die Wirtschaftspolitik hat sich in der weltweiten Finanzkrise und in der europäischen Schulden- und Vertrauenskrise mit geld- und finanzpolitischen Maßnahmen Zeit gekauft. Jetzt sollte die langfristige ökonomische Entwicklung stärker in den Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik rücken.

Die europäische Bankenunion ist dabei ein wichtiges Element. Entscheidend ist, dass der für eine marktwirtschaftliche Ordnung zentralen Einheit von

Entscheidung und Haftung Geltung verschafft wird und dass Eigentümer und Gläubiger im Krisenfall die Verluste tragen – nicht der Steuerzahler.

Die Bundesregierung verweist auf Erfolge bei der Haushaltskonsolidierung. Bei genauer Betrachtung fällt die Bestandsaufnahme jedoch durchwachsen aus. Denn zum einen beruht die gegenwärtige „Übererfüllung“ der Schuldenbremse beim Bund auch auf Faktoren, die nicht nachhaltig wirken. Zum anderen ist schon heute abzusehen, dass die Alterung der Bevölkerung die öffentlichen Finanzen vor große Herausforderungen stellen wird.

Auch in anderen Politikbereichen geraten Effizienzüberlegungen momentan ins Hintertreffen. So wird gegenwärtig die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns vorgeschlagen. In der politischen Diskussion über diesen Vorschlag sollten die Zielkonflikte zwischen Allokationseffizienz und Verteilungszielen klar angesprochen werden. Auswirkungen auf das Produktionspotenzial hat auch die Energiewende. Sie führt zu einer Veränderung relativer Preise und einer Abschreibung von Teilen des volkswirtschaftlichen Kapitalstocks. Gerade Letzteres findet in der öffentlichen Debatte zu wenig Beachtung.

In Deutschland sollten auch Vorkehrungen getroffen werden, damit es nicht zu ähnlichen Fehlentwicklungen kommt wie in einigen Krisenländern. Dazu ist es auch erforderlich, in den kommenden Jahren, in denen die einheitliche europäische Geldpolitik in Deutschland deutlich expansiv wirken dürfte, zum einen eine vorsichtige öffentliche Haushaltsführung walten zu lassen und zum anderen die private Kreditentwicklung und Verschuldung aufmerksam zu beobachten und möglichen Fehlentwicklungen unter anderem mit makroprudenziellen Instrumenten entgegenzuwirken.